

Bündnis 90/Die Grünen im Wechselbad zwischen Regierungs- beteiligung und kleinster Oppositionspartei

Ulrich Eith und Jacqueline Meier

**Bündnis 90/Die Grünen
im Wechselbad
zwischen Regierungs-
beteiligung und kleinster
Oppositionspartei**

Ulrich Eith und Jacqueline Meier

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2018, Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung und Satz: yellow too Pasiak Horntrich GbR

Die Printausgabe wurde bei der Druckerei Kern GmbH, Bexbach,
klimaneutral produziert und auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Diese Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-95721-451-5

Inhalt

1. Einleitung	5
2. Kandidaten und Themen: Der Multi-Options-Wahlkampf	7
3. Der Ausgang der Bundestagswahl – möglicher Absturz abgewendet	13
4. „Jamaika“-Sondierungsgespräche: Das Aus für eine grüne Regierungsbeteiligung	25
5. Erneuerungsversuch der Grünen im sich wandelnden Parteiensystem	28
Literaturverzeichnis	34
Die Autoren	37
Reihenübersicht	38

1. Einleitung

Bereits vor dem Wahltag am 24. September 2017 war klar, dass die Grünen¹ mit ihren Themen nicht entscheidend durchgedrungen sind. In der heißen Phase des Wahlkampfes bestimmten die Flüchtlingsfrage und die damit bei größeren Teilen der Bevölkerung verbundenen Befürchtungen und Ängste die öffentliche Aufmerksamkeit. Dennoch gelang den Grünen ein respektables Ergebnis, was ihnen zunächst die Option auf die angestrebte Regierungsbeteiligung eröffnete, wenn auch nur zusammen mit der ungeliebten FDP in einer Dreierkoalition. Dass die fast vierwöchigen Sondierungsgespräche zur Bildung der sogenannten „Jamaika“-Koalition von Union, FDP und Grünen letztlich scheiterten, kam für das Verhandlungsteam der Grünen wohl ebenso überraschend wie für die allermeisten Kommentatoren. Statt in Regierungsverantwortung fanden sich die Grünen unversehens in der Rolle der kleinsten Oppositionspartei im Bundestag wieder. Zentrale Aufgabe der im Januar 2018 neu gewählten Parteispitze Robert Habeck und Annalena Baerbock wird es sein, die Partei inhaltlich und strategisch neu aufzustellen.

Die nachfolgenden Ausführungen haben eine doppelte Zielsetzung. Zum ersten geht es um die Partei Bündnis 90/Die Grünen bei der Bundestagswahl 2017. Mit welcher personellen und strategischen Grundausrichtung sind die Grünen in den Wahlkampf gegangen und wie erfolgreich ist dieser letztlich für sie verlaufen? Was sagt das Wahlergebnis über den Rückhalt der Grünen in unterschiedlichen Wählergruppen? Welche Perspektiven ergeben sich für die Partei aus dem Wahlausgang einerseits und dem Scheitern der Koalitionssondierungen andererseits?

Zum zweiten erfolgt die Analyse des Wahlergebnisses der Grünen auch mit der Absicht, hierdurch aktuelle Problemlagen und Veränderungen des politischen Wettbewerbs in den Blick zu bekommen und mögliche Entwicklungsperspektiven der Grünen und auch des deutschen Parteiensystems zu diskutieren. Methodisch lassen sich solche Fragen gewinnbringend im theoretischen Rahmen der makrosoziologischen Cleavage-Theorie nach Lipset und Rokkan (1967) untersuchen.² Stabilität und Wandel in den Präferenzen von Wählerinnen und Wählern und

die entsprechenden politischen Situationsdeutungen und Lösungsangebote vom Spitzenpersonal der politischen Parteien müssen hierbei aufeinander bezogen werden, um die Prozesse von De- und Realignment politisch-gesellschaftlicher Konfliktkonstellationen angemessen nachvollziehen und analysieren zu können. Veränderungen in der Konfliktstruktur sind keine determinierten sozialen Automatismen. Sie verlaufen unter nachvollziehbaren Bedingungen und besitzen durchaus konstruktivistische Aspekte. Zentral bei der (Neu-)Formierung gesellschaftlicher Konfliktlinien ist die aktive, realitätsstrukturierende Wirkung politischer Unternehmer bzw. Parteispitzen, die allerdings auch auf entsprechenden gesellschaftlichen Widerhall stoßen muss.

Der Beitrag gliedert sich entsprechend der Fragestellung in drei Teile. Den Ausführungen zur Konzeption und zum Verlauf des Wahlkampfes folgen in einem zweiten Teil die Analyse des Wahlergebnisses sowie die Eckdaten der gescheiterten Sondierungsgespräche zwischen Union, FDP und Grünen. Der dritte Teil beleuchtet abschließend die Konsequenzen des Wahlergebnisses für die Grünen und den Parteienwettbewerb im Bund und diskutiert Zukunftsperspektiven, insbesondere die Relevanz einer neuen Konfliktlinie, die zwischen kosmopolitischen und nationalistischen Einstellungen verläuft.

1 Zum Zwecke der besseren Lesbarkeit verwenden wir im Folgenden die gebräuchlichen Bezeichnungen „Die Grünen“ oder „Grüne“, meinen aber natürlich stets die Partei Bündnis 90/Die Grünen.

2 Für eine zeitgemäße Adaption und Weiterentwicklung siehe Eith und Mielke (2001) sowie Eith und Mielke (2017).

2. Kandidaten und Themen: Der Multi-Options-Wahlkampf

Wie schon zur Bundestagswahl 2013 bestimmten die Grünen auch 2017 ihre Spitzenkandidaten durch Urwahl. Knapp 61.000 Mitglieder waren aufgerufen, zwischen Anfang Dezember 2016 und dem 13. Januar 2017 ihr Votum abzugeben. Die Wahlbeteiligung lag bei 59 Prozent und fiel damit etwas niedriger aus als 2013. Gewählt wurden die Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt und der Parteivorsitzende Cem Özdemir. Beide werden dem realpolitischen Flügel der Grünen zugerechnet und man traute ihnen zu, die Grünen wenn nötig auch erfolgreich in eine Koalition mit der Union zu führen (Der Tagesspiegel 2017).

Die Wahl von zwei realpolitischen Spitzenkandidaten stellt in der Geschichte der Grünen ein Novum dar. Bislang galt für Spitzenposten nicht nur die Geschlechterparität. Üblicherweise waren stets auch der realpolitische und der linke Parteiflügel repräsentiert. Entsprechend bildeten 2013 Jürgen Trittin und Göring-Eckardt das Spitzenduo. Göring-Eckardt hatte sich damals gegen Renate Künast und Claudia Roth durchgesetzt. 2017 demonstrierte das Ergebnis der Urwahl, dass die Arithmetik einer doppelten Quotierung einerseits und die Legitimation von Spitzenpositionen durch die Parteibasis andererseits zu durchaus unterschiedlichen Ergebnissen führen können.

Katrin Göring-Eckardt kandidierte 2017 als einzige Frau und konnte sich somit von Beginn an ihrer Position als Spitzenkandidatin sicher sein. Gleichwohl musste sie sich dem Votum der Parteimitglieder unterziehen, die ihr mit fast 71 Prozent das Vertrauen aussprachen. Bei den Männern bewarb sich außer dem Parteivorsitzenden Cem Özdemir noch der dem linken Lager zuzurechnende Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Anton Hofreiter, sowie der Umweltminister und Vize-Ministerpräsident von Schleswig-Holsteins, Robert Habeck, um die Spitzenkandidatur. Özdemir erreichte 35,96 Prozent und lag damit nur 75 Stimmen vor Habeck mit 35,74 Prozent. Hofreiter kam auf 26,19 Prozent.

Die in Thüringen geborene Katrin Göring-Eckardt war in der Endphase der DDR bereits in der Bürgerbewegung aktiv. Seit 1998 gehört sie dem

Deutschen Bundestag an. 2005 bis 2013 war sie dessen Vizepräsidentin, seit 2013 amtiert sie zusammen mit Anton Hofreiter als Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen. Neben der Politik engagiert sie sich in der kirchlichen Arbeit. Von 2009 bis 2013 war sie Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Sie gilt als politisch wertkonservativ mit ausgeprägtem Sinn für Fragen der sozialen Gerechtigkeit. So befürwortet sie etwa die Umwandlung der Rentenversicherung in eine Bürgerversicherung für alle.

Cem Özdemir ist auf der Schwäbischen Alb in Baden-Württemberg aufgewachsen und war von 2008 bis 2018 Bundesvorsitzender der Grünen. 1994 gelangte er als erster Abgeordneter mit türkischen Eltern in den Bundestag. Immer wieder hat er sich klar gegen Islamismus ausgesprochen und die aktuellen, undemokratischen Entwicklungen in der Türkei kritisiert. Eines seiner zentralen Themen ist Migrationspolitik.

Inhaltlich setzten die Grünen 2017 auf ihre Kernthemen und die ihnen zugeschriebenen Kompetenzen. Hierzu zählen vor allem der Umwelt- und Klimaschutz, weiterhin die Stärkung der Europäischen Union und multilateraler Konfliktbewältigungsstrategien, etwa in der Flüchtlingspolitik, drittens individuelle Selbstbestimmung und umfassende Gleichstellungsmaßnahmen sowie viertens soziale und Bildungsgerechtigkeit.

Ihr Bundestagswahlprogramm 2017 verabschiedeten die Grünen auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz vom 16.–18. Juni 2017 in Berlin (Bündnis 90/Die Grünen 2017a). Unter dem Titel „Zukunft wird aus Mut gemacht“ beginnt das Wahlprogramm der Grünen entsprechend der genannten Kernthemen mit dem Schwerpunkt „Umwelt im Kopf“. Dem folgen die weiteren Schlüsselthemen „Welt im Blick“, „Freiheit im Herzen“ und „Gerechtigkeit im Sinn“. Das Bundestagswahlprogramm schließt mit einem „Zehn-Punkte-Plan für grünes Regieren“ (Bündnis 90/Die Grünen 2017b).

Das erste Kapitel des Bundestagswahlprogramms „Umwelt im Kopf“ bündelt die Themen Umwelt- und Klimaschutz, ökologische Landwirt-

schaft, konsequenter Ausbau der erneuerbaren Energien, Atomausstieg und umweltfreundlicher Verkehr. Ziel ist eine ökologische Modernisierung zum Klimaschutz. Hierzu gehört der vollständige Verzicht auf den Gebrauch von nicht-erneuerbaren Energien wie Erdöl und Kohle, da diese zur Emission von toxischen und klimaschädlichen Abgasen führen. Die Grünen fordern die komplette Umstellung auf regenerative Energien wie Sonne, Wasser und Wind. Übertragen auf einen umweltfreundlichen Verkehr bedeutet dies den Umstieg auf Elektromobilität mit dem Ziel, ab 2030 nur noch abgasfreie Neufahrzeuge zuzulassen (Bündnis 90/Die Grünen 2017a: 14–64).

Im zweiten Kapitel „Welt im Blick“ positionieren sich die Grünen für eine handlungsfähige, partizipativere und sozial gerechtere Europäische Union, für eine aktivere Menschenrechtspolitik und gegen Rüstungsexporte, für einen fairen Welthandel, die Bekämpfung der Fluchtursachen und für ein modernes Einwanderungsrecht. Die Grünen treten für „Multilaterale Kooperation anstelle von Nationalismus“ ein. In der Flüchtlingsthematik fordern sie die wirkungsvollere Bekämpfung von Fluchtursachen und effektivere Maßnahmen der Integration in die deutsche Gesellschaft (ebd.: 65–115).

Kernpunkt des dritten Kapitels „Freiheit im Herzen“ ist die Gewährleistung des Rechts auf Selbstbestimmung für alle Menschen. Hierzu gehören die Erweiterung von bürgerlichen Freiheitsrechten, der Abbau von Benachteiligungen aller Art und die aktive Förderung von Gleichstellung und Gleichberechtigung – unabhängig etwa von Geschlecht, Ethnizität oder auch sexueller Orientierung. Die Grünen begrüßen die Ehe für alle als Schritt in die richtige Richtung, fordern den Abbau von Lohnunterschieden zwischen Männern und Frauen sowie eine effektiven Datenschutz (ebd.: 116–170).

Das vierte Kapitel „Gerechtigkeit im Sinn“ zielt insbesondere auf den Bildungsausbau durch vermehrte Investitionen in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen. In 10.000 Schulen soll investiert und die aka-

demische Bildung unabhängig von den elterlichen Finanzierungsmöglichkeiten gewährt werden. Für die Kindergärten fordern die Grünen einen vermehrten Personaleinsatz, um die Qualität der Betreuung sicherstellen zu können. Weiterhin fordern die Grünen die Schaffung von (mehr) bezahlbarem Wohnraum und die Ersetzung der Zweiklassenmedizin durch eine Bürgerversicherung für alle (ebd.: 171–231).

Diesen vier Kernbereichen schließt sich ein Zehn-Punkte-Plan für grünes Regieren mit konkreten Forderungen an (Bündnis 90/Die Grünen 2017b).

1. Vorantreiben von Klimaschutz: Vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien bis zum Jahr 2050, Kohleausstieg bis zum Jahr 2030.
2. Ausbau von E-Mobilität: Investition in die bundesweite Erweiterung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs und in den Ausbau von Radwegen, ab dem Jahr 2030 lediglich Erstzulassung CO₂-freier Automobile.
3. Landwirtschaft nachhaltig gestalten: Umstellung auf eine Landwirtschaft frei von Gentechnologie, Abkehr von industrieller Massentierhaltung innerhalb der kommenden 20 Jahre.
4. Europäische Vereinigung: Vorantreiben der ökologischen Modernisierung und zukünftigen Digitalisierung.
5. Förderung von Familien: Das „grüne Familien-Budget“.
6. Generierung sozialer Sicherheit: Einheitliche Bürgerversicherung, anstelle des Zweiklassensystems.
7. Integrationswege stärken: Novellierung des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts, damit jede in Deutschland geborene Person automatisch Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft hat, Anerkennung von Flüchtlingen und die Ablehnung etwaiger asylrechtlicher Obergrenzen.

8. Gleichstellung und Gleichberechtigung: Identische Bezahlung für Frauen und Männer, weitreichende Geschlechterquotierung, Unterstützung der Ehe für alle.
9. Sicherung von Freiheit: Stärkung der Polizei unter der Prämisse des Nichtantastens bürgerlicher Rechte.
10. Vorgehen gegen Fluchtursachen: Obligatorischer Stopp von Rüstungsexporten in Krisengebiete.

Der Verlauf des Wahljahres 2017 war für die Grünen, legt man die Sonntagsfrage zugrunde (vgl. Wahlrecht.de 2017), eher ein Rückschlag gegenüber den Vorjahren. In den beiden Jahren nach der Bundestagswahl 2013 pendelten die Grünen stets um die zehn Prozent mit der Tendenz, sich im zweistelligen Bereich zu etablieren. 2016 erreichen sie sogar Spitzenwerte bis zu 14 Prozent. Das führte innerhalb und im Umfeld der Partei zur Erwartung, auch bei der Bundestagswahl 2017 zweistellig abschneiden und danach möglicherweise mitregieren zu können.

Nach der für die SPD verlorenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2017 rückten die Chancen für eine rot-rot-grüne Koalition im Bund allerdings in weite Ferne. Angesichts der anhaltenden Schwäche der SPD fokussierten sich mit Näherrücken des Wahltermins die Regierungsperspektiven der Grünen immer klarer auf eine Koalition mit der Union unter der Kanzlerin Angela Merkel. Aktuelle Vorbilder hierzu gab es bereits in Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Hessen. Da fügte es sich, dass die beiden Spitzenkandidaten dem realpolitischen Flügel angehörten. Göring-Eckardt und Özdemir allerdings vermieden im Wahlkampf alle öffentlichen Koalitionsspekulationen und Festlegungen. Sie setzten auf die politische Eigenständigkeit und Geschlossenheit der Grünen, auch wenn sie persönlich durchaus staatstragend und mit bürgerlichem Habitus auftraten. Teilen der eigenen, insbesondere linken Kernwählerschaft erschienen sie bereits im Wahlkampf zu sehr auf eine Regierungsbeteiligung unter Angela Merkel ausgerichtet.

Weit weniger erfolgreich und hoffnungsvoll für die Grünen verlief dann das Jahr 2017. Unverständnis und Empörung bis weit in die eigenen Reihen hinein erntete die dem linken Flügel zuzurechnende damalige Parteivorsitzende Simone Peter gleich zu Beginn des Jahres mit ihrer Kritik am Kölner Polizeieinsatz in der Silvesternacht, durch den anders als 2016 ein friedliches Feiern ermöglicht wurde (taz online 2017). Gewichtiger war, dass die Klima- und Umweltthemen der Grünen in den öffentlichen Diskussionen der kommenden Monate kaum eine Rolle spielten.

Auch die SPD konnte ihren Wahlkampfswertpunkt soziale Gerechtigkeit angesichts der ausgezeichneten wirtschaftlichen Situation in Deutschland nicht entscheidend öffentlich durchsetzen (Neu und Pokorny 2017). Stattdessen dominierten der rasante Auf- und Abstieg des im Januar 2017 nominierten SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz, die Flüchtlingsthematik und die Frage der Zuwanderung, immer stärker auch unter der Perspektive der mit diesen Themen verbundenen Verlust- und Fremdheitsängsten in größeren Teilen der Bevölkerung. Die von den Grünen bereits im Vorfeld der heißen Wahlkampfphase immer wieder akzentuierten Zukunftsthemen „Integration, Gerechtigkeit, Sicherheit, Umwelt-Natur-Klima, Digitalisierung“ (Spiegel Online 2017a) wurden demgegenüber kaum noch wahrgenommen. Selbst die „Dieselaffäre“ bei VW konnten die Grünen nicht zur eigenen Profilgewinnung nutzen. „Die Grünen finden keine Wahlkampfmelodie“ (FAZ Online 2017), so die vielfach verbreitete Wahrnehmung und Kommentierung der grünen Wahlkampf Bemühungen. In den Umfragen erreichten die Grünen nur noch einstellige Zustimmungswerte, im Sommer 2017 lagen sie zeitweise bei sechs Prozent. Ein Absturz bei der Bundestagswahl rückte in den Bereich des Möglichen.

3. Der Ausgang der Bundestagswahl – möglicher Absturz abgewendet

Am Wahlabend dominierte bei den Grünen dann Erleichterung. Mit 8,9 Prozent der Zweitstimmen erzielten Bündnis 90/Die Grünen das zweitbeste Ergebnis ihrer Parteigeschichte. Dennoch stellen sie damit im neu gewählten Bundestag wiederum die kleinste Fraktion. Gegenüber der Bundestagswahl 2013 legten sie um 0,5 Prozentpunkte zu, blieben aber deutlich hinter ihrem Spitzenergebnis von 10,7 Prozent bei der Bundestagswahl 2009 zurück. Gemessen an ihren früheren Wahlergebnissen sowie an den schlechten Umfragedaten im Verlauf des Jahres 2017 lässt sich das Ergebnis aus Sicht der Grünen durchaus als Erfolg ansehen. Die Anzahl der grünen Abgeordneten im Deutschen Bundestag erhöhte sich auf 67, was ein Plus von vier Mandaten gegenüber 2013 darstellt. Wie bereits bei der vorangegangenen Bundestagswahl eroberten die Grünen das einzige Direktmandat im Berliner Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost. Erfolgreich war dort die kurdisch-türkischstämmige Canan Bayram, die Nachfolgerin des 2017 nicht mehr angetretenen Hans-Christian Ströbele. Bei den Zweitstimmen allerdings lag diesmal die Linke in diesem Wahlkreis deutlich vor den Grünen. Ein Direktmandat verfehlte der grüne Spitzenkandidat Cem Özdemir im Wahlkreis Stuttgart I um nur gut zwei Prozentpunkte. Gewonnen hat dort der CDU-Kandidat Stefan Kaufmann. Im Wahlkreis Freiburg – dort verzeichnen die Grünen ihr bestes Zweitstimmenergebnis – lag die baden-württembergische Spitzenkandidatin der Grünen, Kerstin Andreae, auch nur sieben Prozentpunkte hinter dem siegreichen CDU-Kandidaten Matern von Marschall.

Dass das Wahlergebnis für die Grünen letztlich nicht zu einem politischen Desaster geführt hat, lag nicht zuletzt am verlässlichen Abstimmungsverhalten der den Grünen auch bislang politisch zugeneigten sozialen Gruppen und Milieus (siehe unten, vgl. auch Vehrkamp und Wegschaidt 2017: 67). Günstig hierfür war, dass das Rennen um das Kanzleramt zwischen Merkel und Schulz bereits Wochen vor dem Wahltermin als entschieden galt. Dies eröffnete den kleineren Parteien Chancen auf eine erneut breitere öffentliche Wahrnehmung und einen Endsprint um den dritten Platz nach Union und SPD. Die Grünen lan-

deten allerdings trotz der leichten Zugewinne von 0,5 Prozentpunkten gegenüber 2013 mit 8,9 Prozent hinter AfD, FDP und der Linken nur auf Platz sechs.

Regionale und sozialstrukturelle Profile

Den Ausgang der Bundestagswahl 2017 kann man aus gleich zwei Gründen durchaus als Zäsur ansehen. Zum ersten Mal – mit Ausnahme der Bundestagswahl 1949 – kann eine Zweierkoalition in Deutschland rein rechnerisch nur durch eine sogenannte Große Koalition von Union und SPD gebildet werden. Beide Parteien mussten bei dieser Wahl große Verluste hinnehmen, während die vier kleineren Parteien allesamt zulegen konnten. Ebenfalls zum ersten Mal haben die Bürgerinnen und Bürger mit der AfD eine Partei in den Deutschen Bundestag gewählt, deren Verhältnis zu rechtsextremen Parolen und Positionierungen höchst ambivalent ausfällt und keineswegs geklärt ist. Dennoch gleicht das Wahlergebnis von 2017 keineswegs einem unvorhersehbaren Erdbeben oder Naturereignis. Strukturell steht es in großer Kontinuität zu den vorangegangenen Wahlausgängen. Deutlich wird dies mit Blick auf die regionalen und sozialstrukturellen Profile der Parteien.

Nimmt man zunächst die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland in den Blick, so fallen die bekannten Differenzen beim Abschneiden der einzelnen Parteien auf. Noch immer unterscheiden sich die beiden Wahlgebiete erheblich. Wie auch bei den vorangegangenen Wahlen sind Union, Sozialdemokraten, Grüne und auch die FDP im Westen der Bundesrepublik weitaus erfolgreicher als im Osten. Alle vier Parteien haben die Nachkriegsentwicklung Westdeutschlands über Jahrzehnte hinweg maßgeblich geprägt und ihre Verankerung ist dort bis heute gefestigter als im Osten Deutschlands. Im Vergleich zu den anderen Parteien sind die Ost-West-Unterschiede bei der Union am schwächsten ausgeprägt.

Die Grünen kamen bei der Bundestagswahl 2017 in Westdeutschland und in den westlichen Stadtbezirken Berlins auf knapp 9,8 Prozent, im Osten und den östlichen Bezirken von Berlin reichte es nur für fünf Prozent

(Forschungsgruppe Wahlen 2017: 8). Im Westen verbesserten sie sich 2017 um 0,6 Prozentpunkte, im Osten sind Verluste von 0,2 Prozentpunkten zu verzeichnen. Dem entgegengesetzt schneidet die Die Linke mit ihrem Image als Vertreterin spezifisch ostdeutscher Interessen traditionell im Osten deutlich besser ab als im Westen. Sie liegt dort mit 17,8 Prozent auch weiterhin klar vor der SPD, die bei der letzten Bundestagswahl im Osten nur auf 13,9 Prozent kam. 2017 hat sich der Ost-West-Unterschied bei der Linken allerdings etwas verringert, da sie in Ostdeutschland 4,9 Prozentpunkte verloren, im Westen hingegen 1,8 Prozentpunkte hinzugewonnen hat.

Die neu in den Bundestag gewählte AfD war im Osten besonders erfolgreich und erzielte dort mit 21,9 Prozent als zweitstärkste Partei nach der Union ein mehr als doppelt so hohes Ergebnis wie im Westen. Sie profitierte offenbar von den in Ostdeutschland stärker verbreiteten Proteststimmungen und den auch damit einhergehenden Verlusten von Union, SPD und auch der Linken.

Bezieht man die Ergebnisse in den Bundesländern mit ein, werden zusätzlich Nord-Süd-Unterschiede deutlich. Die Unionsparteien – traditionell stärker im ländlich-kleinstädtisch geprägten Süden – mussten 2017 massive Verluste von über zehn Prozentpunkten in den südlichen Bundesländern Sachsen, Baden-Württemberg, Bayern, Thüringen sowie in Sachsen-Anhalt hinnehmen, in Sachsen beispielsweise gar knapp 16 Prozentpunkte. Je höher die Bevölkerungsdichte und je urbaner die Wahlkreise, desto niedriger fallen mit wenigen Ausnahmen die Wahlergebnisse der Union aus (ebd.: 102-103). Die SPD ist eher stark im Norden und im Westen Deutschlands, insbesondere in den traditionell industriell geprägten Wahlkreisen in Niedersachsen, im Saarland, in Bremen und in Nordrhein-Westfalen. Allerdings mussten die Sozialdemokraten in Niedersachsen, Bremen und Hamburg auch die höchsten Verluste von über acht Prozentpunkten hinnehmen. Relativ ausgeglichen erfolgen die SPD-Ergebnisse bezüglich der Bevölkerungsdichte, also in städtischen und ländlichen Wahlkreisen.

Die Grünen haben ihre Hochburgen schon immer in den großstädtisch-urbanen Wahlkreisen, insbesondere in den Universitäts- und Dienstleistungsstädten. Dementsprechend erzielten sie auch 2017 zweistellige Ergebnisse in den Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen, aber auch in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. In beiden Bundesländern – wie auch in Hessen – stehen die Grünen zusammen mit der CDU in der Regierungsverantwortung und erzielten Zugewinne in vielen kleinstädtisch-ländlichen Wahlkreisen. Ihr bestes Wahlkreisergebnis gelang den Grünen mit 21,2 Prozent in Freiburg. Zulegen konnten sie aber auch in Bayern, im Saarland, in Teilen Niedersachsens sowie in Brandenburg. Trotz dieser beachtlichen Erfolge in früheren Diasporagebieten und im kleinstädtisch-ländlichen Raum kommt der Bevölkerungsdichte zur Erklärung der Stimmenanteile der Grünen noch immer eine zentrale Bedeutung zu (ebd.). Je höher die Bevölkerungsdichte, desto höher auch das Ergebnis der Grünen. In zehn der vierzehn deutschen Großstädte mit mehr als 500.000 Einwohnern erreichte die Partei zweistellige Wahlergebnisse. Extrem schwach blieben die Grünen in vielen Teilen Ostdeutschlands, insbesondere im Südosten Sachsens. In 14 ostdeutschen Wahlkreisen lagen die Grünen unter drei Prozent. Schlusslicht ist der Wahlkreis Erzgebirge I mit 2,2 Prozent.

Noch deutlicher als beim regionalen Profil bestimmen die Entstehungsbedingungen der Grünen bis heute ihr sozialstrukturelles Profil. In Westdeutschland sind sie aus den ebenso fundamentalen wie neue politische Identitäten prägenden Auseinandersetzungen der 1970er Jahre zwischen sogenannten Materialisten und Postmaterialisten hervorgegangen (vgl. Inglehart 1977, 1989). Letztere entstammten vor allem den damaligen Neuen Sozialen Bewegungen, insbesondere der Umweltschutzbewegung, der Anti-Atomkraft-Bewegung, der Friedensbewegung und der Frauenbewegung. Gegründet 1980 in Karlsruhe zunächst als außerparlamentarische Protest- und Oppositionspartei gegen den etablierten Politikbetrieb, repräsentierten die Grünen bereits wenige Jahre später die neuen postmaterialistischen Werte, die politischen und gesellschaftlichen Zukunftsentwürfe der damals jüngeren Generationen und das

Lebensgefühl dieser vor allem im universitären Umfeld neu entstandenen sozialmoralischen Milieus in den Parlamenten von Bund und Ländern.

Zur näheren Analyse der sozialstrukturellen Profile der Parteien bei der Bundestagswahl 2017 stehen die Variablen Altersgruppen und Geschlecht, Konfessionszugehörigkeit, Bildungsgrad und Stellung im Berufsleben zur Verfügung. Die Daten wurden von der Forschungsgruppe Wahlen im Rahmen ihrer Wahltagsbefragungen erhoben (Forschungsgruppe Wahlen 2017: 49, 108 f., 116 f.).

Wie auch bei früheren Wahlen wiesen die Grünen 2017 bei Männern unter 60 Jahre weitgehend durchschnittliche, bei den Frauen in der entsprechenden Altersgruppe durchweg leicht überdurchschnittliche Stimmenanteile auf. Anders sieht es bei den über 60jährigen aus. Dort sackt der grüne Stimmenanteil mit zunehmendem Alter deutlich ab, was einen bei fast allen Wahlen zu beobachtenden Generationeneffekt in der grünen Wählerschaft widerspiegelt. Verlässliche Wählerpotentiale haben die Grünen vor allem in denjenigen Generationen, die bei der Gründung der Grünen 1980 höchstens 30 Jahre alt waren. Bis heute ist es der Partei nicht gelungen, in Altersgruppen, die 1980 das 30. Lebensjahr bereits überschritten hatten, dieselben Stimmenanteile zu erzielen wie bei den jüngeren Generationen. Eine bemerkenswerte Ausnahme stellte die Landtagswahl 2016 in Baden-Württemberg dar, als sich der amtierende grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann erneut zur Wahl stellte. Ihm gelang es, weit überdurchschnittliche Zustimmungsraten auch in den hohen Altersgruppen für sich zu mobilisieren. Relevant für die Grünen ist, dass Die Linke im Westen ihre besten Ergebnisse bei jungen Wählerinnen und Wählern erzielt. Anders sieht es in Ostdeutschland aus. Dort gelingen überdurchschnittliche Stimmenanteile bei Wählerinnen und Wählern über 60 Jahre (Forschungsgruppe Wahlen 2017: 49, 108 f., 116 f.). Das unterstreicht, dass Die Linke in Ost und West nach wie vor unterschiedlich wahrgenommen wird. Im Osten hat sie stärker den Charakter einer Volkspartei und repräsentiert für Teile ihrer älteren Wäh-

lerschaft noch immer spezifisch ostdeutsche Interessen und Traditionen. Im Westen hingegen wird sie gerade von jüngeren Wählergruppen als dezidiert linke Protestpartei wahrgenommen und steht damit für mache in der Tradition der frühen Grünen kurz nach deren Gründung.

Bei der Konfessionszugehörigkeit zeigen sich auch 2017 die hinlänglich bekannten Zusammenhänge (ebd.: 57, 112 f., 120–121). Die Union schneidet bei Katholiken überdurchschnittlich ab, die SPD in etwas geringerem Ausmaß bei Protestanten. Die Linke und die Grünen erzielen ihre besten Ergebnisse bei Wählern ohne konfessionelle Bindung. Die Grünen haben zudem eine stabile Basis in den protestantischen Bevölkerungsteilen. Für FDP und auch AfD spielt die Konfessionszugehörigkeit keine besondere Rolle.

Für das Wahlverhalten zu Gunsten der Grünen wichtiger als konfessionelle Fragen sind die Indikatoren zur sozialen Lage, zum formalen Bildungsabschluss und auch zur Berufsstruktur. Bei diesen Merkmalen zeichneten sich 2017 deutliche Verschiebungen im Wählerverhalten ab, die allerdings die Grünen kaum betrafen. Traditionell schneiden die Sozialdemokraten und mit leichten Abstrichen auch die Christdemokraten in den Gruppen mit niedrigem Bildungsniveau eher besser, in den Gruppen mit höherem Bildungsniveau hingegen unterdurchschnittlich ab (ebd.: 60). Grüne, FDP und tendenziell auch die Linke hingegen erzielen ihre besten Ergebnisse in den gehobenen Bildungsgruppen mit Hochschulreife bzw. Hochschulabschluss. Längerfristig können diese Parteien mit Zuwächsen rechnen, da das formale Bildungsniveau der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten deutlich angestiegen ist. 2017 haben sich Verschiebungen in den unteren Bildungsgruppen ergeben. Die Union verlor bei Wählern unter 60 Jahren und mittlerem Bildungsabschluss überdurchschnittlich, ebenso wie die Linke. Und genau bei diesen Wählern – unter 60 Jahre mit Hauptschulabschluss oder Mittlerer Reife – konnte die AfD bundesweit Stimmenanteile von um die 20 Prozent erzielen.

Entsprechendes zeigt sich bei der Berufsgruppenzugehörigkeit (ebd.: 53, 110, 118). Die Union verlor 2017 insbesondere bei Selbständigen und Landwirten, wo die Liberalen wiederum kräftig zugelegt haben. Die SPD verlor überdurchschnittlich bei Arbeitern, gerade auch mit Gewerkschaftszugehörigkeit, die Linke in Ostdeutschland zudem massiv bei Arbeitslosen. In beiden Fällen wuchs die AfD überdurchschnittlich. Im Osten konnten die Rechtspopulisten anders als im Westen auch bei Beamten und Landwirten kräftig zulegen. Die Grünen behaupteten ihre überdurchschnittliche Stellung unter Angestellten und Beamten. Bei insgesamt nur geringen Gewinnen und Verlusten der Grünen in den Berufsgruppen fallen am ehesten die leicht überdurchschnittlichen Gewinne bei Arbeitslosen in Westdeutschland auf.

Als Bilanz der Gewinne und Verluste in einzelnen sozialstrukturellen Gruppen bleibt festzuhalten, dass die Bundestagswahl 2017 trotz der historisch schlechten Ergebnisse von Union und SPD und dem Erfolg der rechtspopulistischen AfD keineswegs einem plötzlichen politischen Erdbeben gleicht (vgl. auch Grabow und Pokorny in dieser Reihe). Die Gewinne und Verluste der einzelnen Parteien fügen sich in das Muster der längerfristigen Entwicklungen. Die einstmaligen großen Volksparteien CDU/CSU und SPD sind ganz offensichtlich inzwischen an die Grenzen ihrer Integrationsfähigkeiten gestoßen. Was die Sozialdemokraten mit der Agenda 2010 und der Hartz-Gesetzgebung in der Ära Schröder erlebt haben, wiederholt sich nun bei den Christdemokraten mit dem gesellschaftspolitischen Modernisierungskurs und der Flüchtlingsthematik. Die Unionsverluste bei den unter 60jährigen mit Hauptschulabschluss oder Mittlerer Reife gehen einher mit überdurchschnittlichen Erfolgen der AfD, den Unionsverlusten bei Selbständigen stehen deutliche Zuwächse der Liberalen gegenüber.

Aus dieser hier eingenommenen strukturellen Perspektive wird zudem deutlich, dass es den Grünen über die letzten beiden Jahrzehnte hinweg schrittweise gelungen ist, ihre Wählerbasis über die großen Dienstleistungs- und Universitätsstädte hinaus zu verbreitern. Dies gilt allerdings nur für Westdeutschland und insbesondere in denjenigen Bundeslän-

dern, in denen sie regieren. In Ostdeutschland stagnieren die Grünen auf niedrigem Niveau. Kaum nennenswerte Veränderungen ergeben sich in den Altersgruppen, nach Geschlecht und formaler Bildung. Frauen sind in der Wählerschaft der Grünen leicht überrepräsentiert, die Altersgruppen ab 60 Jahre sind mit zunehmendem Alter immer stärker unterrepräsentiert. Und auch bei dieser Wahl erzielten die Grünen bei Gruppen mit höherer formaler Bildung deutlich höhere Stimmenanteile. Aufpassen müssen sie allerdings bei den westdeutschen Erst- und Jungwählern. Dort erwächst ihnen mit der Linken eine ernsthafte Konkurrenz, zumal diese von einem Teil der Jungwähler als Protestpartei gegen den etablierten Politikbetrieb – zu dem die Grünen seit längerem unzweifelhaft gehören – angesehen werden. Zusammengefasst lassen sich die Grünen mit den hier vorliegenden Daten auch nach der Bundestagswahl 2017 als Partei der arrivierten mittleren und gehobenen sozialen Schichten vorwiegend aus urbaneren Wahlkreisen charakterisieren.

Darüber hinaus zeigen die moderaten Veränderungen gerade in den grün (mit)regierten Bundesländern, dass es anders als noch vor 20 Jahren inzwischen ein Wählersegment mit mittlerem und gehobenem sozialen Status gibt, das Grüne und Christdemokraten gleichermaßen erreichen können. Bisherige bürgerliche Grundorientierungen verbinden sich von Fall zu Fall mit Forderungen nach einem effektiveren Klimaschutz, einer ökologisch vertretbaren Form der Wirtschaftsentwicklung oder auch einer nachhaltig ökologischen landwirtschaftlichen Produktion. Die zukunftsfähige Verbindung von Ökologie und Ökonomie stellt einen weithin zustimmungsfähigen Kernpunkt schwarz-grüner Koalitionsoptionen dar. Weit schwieriger wird eine Konsenssuche zwischen Union und Grünen im Themenbereich Gesellschaftspolitik, wo etwa grüne Forderungen einer umfangreichen Gleichstellungspolitik konträr zu konservativ-traditionellen Familien- und Geschlechterbildern stehen, sowie bei Fragen der sozialen Gerechtigkeit und sozialstaatlichen Umverteilung. Kaum zu überbrückende Unterschiede gibt es in den zentralen Fragen der Flüchtlings-, Einwanderungs- und Integrationspolitik, wobei hier allerdings schon innerhalb der Union sehr konträre Positionen aufeinander prallen.

Gewinne und Verluste in sozialen Milieus

Die lebensweltliche Verankerung der Grünen lässt sich anschaulich mit Hilfe der Sinus-Milieus nachzeichnen (vgl. Vehrkamp und Wegschaidter 2017, Ueltzhöffer 2017). Diese seit den frühen 1980er Jahren regelmäßig aktualisierte Vermessung und Typologisierung der Pluralität der deutschen Gesellschaft kartographiert die derzeit zehn unterschiedlichen sozialen Milieus entlang der beiden Achsen soziale Lage und vorherrschende Grundorientierung. Je höher eine Gruppe vertikal verortet wird, desto höher ist auch ihr sozialer Status. Die horizontale Achse umfasst die Bandbreite der Wertausrichtungen von traditionellen Werten bis hin zu gesellschaftlichen Neuorientierungen.

Die beiden größten Wählermilieus der Grünen sind das „expeditiv“ und das „sozialökologische“ Milieu. Sie machten 2017 etwa ein Fünftel bzw. 17 Prozent der Wählerschaft aus. Darüber hinaus bezogen die Grünen leicht überdurchschnittliche Unterstützung aus den beiden sozial gehobenen Milieus der „Liberal-Intellektuellen“ und der „Performer“, weiterhin auch bei den „Hedonisten“. Stark unterdurchschnittliche Stimmenanteile müssen die Grünen im „prekären“ Milieu (4 Prozent) sowie im Milieu der „bürgerlichen Mitte“ (3 Prozent) hinnehmen. Auffällig ist auch aus dieser Untersuchungsperspektive zuvörderst die hohe Konstanz des grünen Wahlergebnisses. Lediglich im expeditiven Milieu gelingt ein Zuwachs von 4 Prozentpunkten auf 20 Prozent (Vehrkamp und Wegschaidter 2017: 40-43, 54-55). In den restlichen neun Milieus lassen sich bestenfalls minimale Veränderungen zur Bundestagswahl 2013 ausmachen.

Die Expeditiven haben mit Abstand das niedrigste Durchschnittsalter und zählen zu den sozial gehobenen Milieus. Sie gelten als transnationale Trendsetter mit einem ausgeprägten Individualismus und einer großen Aufgeschlossenheit für Neues. Von den ebenfalls erlebnisorientierten Hedonisten unterscheiden sie sich durch einen weit höheren Akademikeranteil und eine ausgeprägtere Neigung, die eigener Ziele und Pläne ehrgeizig zu verfolgen. Vom karriere- und leistungsorientierten Milieu der Performer hingegen unterscheiden sich die Expeditiven durch eine höhere Wertschätzung von Unterhaltung und Spaß.

Die Sozialökologischen sind im Bereich der gehobenen Mittelschichten verortet und stehen der Konsum- und Wachstumsgesellschaft kritisch gegenüber. Sie sehen sich als ökologische Avantgarde und befürworten Toleranz, Gerechtigkeit und Solidarität. Vom ebenfalls auf Toleranz und globales Denken ausgerichteten liberal-intellektuellem Milieu unterscheiden sich die Sozioökologischen zum einen durch ihren leicht niedrigeren sozialen Status, zum anderen durch eine größere Skepsis gegenüber neuen Entwicklungen und die Wahrnehmung zunehmender sozialer Kälte. Die Grünen kamen in diesem Milieu mit einem geringen Zuwachs auf 17 Prozent (ebd.: 38-39, 47-48).

Günstig für die Grünen erwiesen sich demnach die Zugehörigkeit zu einem sozial gehobenen Milieu oder auch zu einem Milieu mit emanzipativen, sozialökologischen oder auch Selbstverwirklichungswerten. Aus dieser Analyseperspektive wird somit zugespitzt formuliert deutlich: Bei vielen Wählern der Grünen verbindet sich – zumindest im Selbstbild – ein inzwischen erreichter gehobener sozialer Status mit ausgeprägter ökologischer und weithin auch sozialer Verantwortung. Unterdurchschnittliche Stimmenanteile müssen die Grünen jedoch in den sozial schwächeren Milieus hinnehmen. Dies gilt insbesondere dann, wenn ein niedriger sozialer Status mit einer traditionellen bis konservativen Werteausrichtung einhergeht.

Die aktuellen Veränderungen und Problemfelder des Parteiensystems lassen sich mit Hilfe des Sinus-Modells in den Blick nehmen, wenn man die Milieus nach sozialer Lage gruppiert (ebd.: 23-29). In den sozial gehobenen Milieus erzielten Union, FDP und Grüne – die potentiellen Koalitionspartner einer sogenannten „Jamaika“-Koalition – 2017 weit überdurchschnittliche Stimmenanteile, nämlich 36, 14 und 11 Prozent. Auch die SPD lag dort mit 21 Prozent knapp über ihrem bundesweiten Ergebnis. Trotz hoher Verluste von CDU/CSU und SPD kommen die vier etablierten (westdeutschen) Parteien noch immer auf über 80 Prozent der Wählerstimmen bei überdurchschnittlicher Wahlbeteiligung in diesen Milieugruppen. Die größten Zuwächse verzeichnete 2017 die FDP mit einem Plus von acht Prozentpunkten.

In den Milieus der Mitte sind die AfD mit 14 Prozent und die CDU/CSU mit 34 Prozent stark überrepräsentiert, letztere trotz ihrer großen Verluste von etwa neun Prozentpunkten. Grüne (8 Prozent) und FDP (10 Prozent) hingegen sind leicht unterrepräsentiert. Am auffälligsten sind in den Milieus der Mitte die hohen Zuwächse der AfD (+9 Prozentpunkte) und mit Abstrichen auch der FDP (+5 Prozentpunkte) sowie die stabile Stellung der Linken (9 Prozentpunkte). Die vier „westdeutschen“ Parteien kommen zusammen auf nur noch 72 Prozent. Der Kampf um die politische Mitte findet in diesen Gruppen verschärft statt und der rechtspopulistische Protest findet bereits in der Mitte der Gesellschaft Resonanz.

In den sozial schwächeren Milieus der unteren Mittel- und Unterschicht sind die Erosionsprozesse am weitesten vorangeschritten. Überdurchschnittlich schnitten AfD (16 Prozent) und Linke (12 Prozent) ab, die AfD mit einem Zuwachs von 11 Prozentpunkten. Unterdurchschnittliche Stimmenanteile müssen vor allem die Union (29 Prozent), die FDP (8 Prozent) und mit Abstrichen auch die Grünen (8 Prozent) hinnehmen (ebd.: 28). Die vier „westdeutschen“ Parteien erreichen bei unterdurchschnittlicher Wahlbeteiligung zusammen nur noch 65 Prozent der Wählerstimmen in diesen Milieus. Weder die Große Koalition (49 Prozent) noch eine „Jamaika“-Koalition (45 Prozent) hat bzw. hätte in diesen Milieugruppen eine Mehrheit hinter sich.

Die hier vorgestellten Befunde unterstreichen einmal mehr, dass mit den sozialen Unterschieden in der Gesellschaft inzwischen auch eine parteipolitische Spreizung einhergeht. Bei früheren Wahlen war bei Gruppen mit niedriger sozialer Lage vor allem eine weit unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung augenfällig. Inzwischen kommen überdurchschnittliche Stimmenanteile von Parteien an den Rändern des politischen Spektrums hinzu. Selbst in den Milieus der Mitte finden rechtspopulistische Positionen Anklang. Sollten sich diese Prozesse in der öffentlichen Wahrnehmung zu einem veritablen Repräsentationsdefizit verfestigen, könnte dies aller Voraussicht nach einen weiteren Niedergang der bisherigen Volksparteien und eine grundlegende Neustrukturierung des Parteiensystems nach sich ziehen.

Tabelle 1: Zweitstimmenanteil der Grünen 2017 und Veränderungen (2017–2013) in den Sinus Milieus

Milieu	Anteil an Wahlberechtigten	Zweitstimmenanteil für Bündnis 90/Grüne	Differenz 2017–2013
Expeditives Milieu	7	20	+4
Sozialökologisches Milieu	7	17	+1
Hedonisten	13	12	0
Liberal-Intellektuelle	7	10	0
Performer	8	9	+1
Adaptiv-Pragmatisches Milieu	10	7	+1
Konservativ-Etablierte	11	6	-1
Traditionelles Milieu	14	6	0
Prekäres Milieu	9	4	-2
Bürgerliche Mitte	13	3	0

In Prozent bzw. Prozentpunkten.

Quelle: Vehrkamp und Wegschaider 2017: 36–55.

4. „Jamaika“-Sondierungsgespräche: Das Aus für eine grüne Regierungsbeteiligung

Die Grünen waren am Wahlabend zunächst einmal erleichtert über das passable, wenn auch nicht zweistellige Wahlergebnis. Mit der klaren Positionierung des SPD-Spitzenkandidaten Martin Schulz bereits kurz nach Schließung der Wahllokale, die SPD in die Opposition führen zu wollen, stellte sich für die Grünen zudem noch vor dem Vorliegen des amtlichen Wahlergebnisses die Frage nach einer möglichen Regierungsbeteiligung mit Union und FDP.

Die beiden Spitzenkandidaten Göring-Eckardt und Özdemir schienen entschlossen, diese Chance einer Regierungsbeteiligung unbedingt nutzen zu wollen. Gleichwohl war ihnen bewusst, dass sie für diese bislang ungewöhnliche Koalition auf Bundesebene eine breite Zustimmung in der Partei benötigen würden (Welt.de 2017, Spiegel Online 2017b, Süddeutsche.de 2017). Der Wahlkampf hatte gerade erst die unterschiedlichen thematischen Positionen der potentiellen Partner verdeutlicht. Auf der einen Seite gab es inhaltliche Gemeinsamkeiten mit der CDU z. B. in der Europapolitik. Mit der FDP bestand am ehesten Konsens hinsichtlich der Notwendigkeit eines Einwanderungsgesetzes. Auf der anderen Seite vertraten Grüne und CSU in den Fragen einer Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen und des Familiennachzugs geradezu entgegengesetzte Positionen. Und in der Umwelt-, Sozial- und Europapolitik lagen Grüne und Liberale weit auseinander.

Als unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg von Sondierungsgesprächen wurden von den realpolitischen grünen Koalitionsbefürwortern die breite Einbindung der Parteilinken sowie ein substantielles Verhandlungsergebnis angesehen. Ein Wandel in der Klimaschutzpolitik – etwa ein zeitlich fixierter Kohleausstieg – sowie ein klares Bekenntnis zu Europa und gegen rechtspopulistische, nationalistische Positionen galten als absolut unverzichtbare Minimalpunkte. Und klar war zudem bereits vor Beginn der Sondierungsgespräche, dass die Mitglieder der Grünen einem möglichen Koalitionsvertrag am Ende durch Urwahl zustimmen müssten.

Die Umfragedaten der Wahlberichterstattung signalisierten durchaus Sympathien für eine Zusammenarbeit von Union und Grünen. Laut den Erhebungen von Infratest dimap (tagesschau.de 2017) stimmten 53 Prozent aller und sogar 79 Prozent der grünen Wählerinnen und Wähler der Aussage zu: „So wie sich die Grünen entwickelt haben, passen sie jetzt auch zur Union.“ Und auch die Kanzlerin fand in der grünen Wählerschaft hohe Anerkennung: 75 Prozent der Grünen-Wähler waren mit der Arbeit von Angela Merkel zufrieden, 78 Prozent mit Merkels Flüchtlingspolitik.

Die Sondierungsgespräche begannen dann am 24. Oktober nach der vorgezogenen Landtagswahl in Niedersachsen. Der grüne Länderrat hatte hierfür eine 14-köpfige Verhandlungsgruppe unter Führung der Spitzenkandidaten Katrin Göring-Eckardt und Cem Özdemir benannt. Hierzu gehörten Annalena Baerbock, Agnieszka Brugger, Reinhard Büttikofer, Katja Dörner, Robert Habeck, Britta Haßelmann, Anton Hofreiter, Michael Kellner, Winfried Kretschmann, Simone Peter, Claudia Roth und Jürgen Trittin. Auch inhaltlich waren die Grünen gut auf die Sondierungen vorbereitet. Als Ausgangspunkt und Grundlage der Verhandlungen in den verschiedenen Arbeitsgruppen diente ihnen ihr Zehn-Punkte-Plan für grünes Regieren, beschlossen auf dem Parteitag Mitte Juni 2017 (Bündnis 90/Die Grünen 2017b).

Der Abbruch der Sondierungsgespräche kam für Beteiligte und die Öffentlichkeit überraschend. Am Abend des 19. November 2017, knapp vor der Einigung der Verhandlungspartner auf ein gemeinsames Papier, erklärte der FDP-Vorsitzende Christian Lindner die Sondierung für gescheitert. Die in der Öffentlichkeit bereits angestellten Spekulationen, wie denn der türkische Präsident und die türkische Regierung gegebenenfalls auf einen deutschen Außenminister Özdemir mit türkischen Wurzeln reagieren würden, waren mit einem Schlag überholt. Ebenfalls relativierte sich damit der bundesdeutsche Einfluss des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, dem aufgrund seiner guten Beziehungen in die Union hinein eine zent-

rale Rolle als Bindeglied zwischen CDU/CSU und den Grünen zugekommen war. Die bis zum Abbruch der Gespräche besten Aussichten der Grünen, in der beginnenden Legislaturperiode Regierungsverantwortung im Bund übernehmen zu können, waren zerstoßen.

5. Erneuerungsversuch der Grünen im sich wandelnden Parteiensystem

Mit dem Scheitern der sogenannten Jamaika-Koalition sind die Grünen auf die Rolle der kleinsten Oppositionspartei im Deutschen Bundestag mit sehr begrenzten Chancen auf öffentliche Wahrnehmung und politische Einflussnahme zurückgeworfen. In dieser Situation haben die neuen Parteivorsitzenden Robert Habeck und Annalena Baerbock einen Erneuerungsprozess der Partei angestoßen, der augenscheinlich mindestens drei Gesichtspunkte verbinden soll. Hierbei könnte sich für die Grünen ihre zunächst sicherlich ungeliebte Rolle als kleinste Oppositionspartei sogar als Vorteil erweisen.

Erstens wollen die Grünen bis 2020 – dem 40. Jahr nach ihrer Gründung – ein neues Grundsatzprogramm erarbeiten, was nach 1980 und 2002 dann ihr drittes sein wird. Unter der Überschrift „Neue Zeiten. Neue Antworten“ (Bündnis 90/Die Grünen 2018) hat der Bundesvorstand hierzu mit einem Impulspapier im April 2018 einen ergebnisoffenen, auch über die Parteigrenzen zielenden Diskussionsprozess eingeläutet. Dieser soll im Verlauf des Jahres 2019 zu konkreten Antworten und Positionen und bis 2020 zu einem von den Parteigremien beschlossenen neuen Grundsatzprogramm führen. Die „Neuen Zeiten“ beziehen sich laut Impulspapier zum einen auf die rasanten gesellschaftlichen und politischen Veränderungen und Herausforderungen durch Digitalisierung, Klimawandel, Artensterben und die Bedrohung der liberalen Demokratie, zum anderen auf die als notwendig angesehene Weiterentwicklung des Selbstverständnisses der Grünen als Partei.

Bislang lassen sich demnach drei Phasen in der Entwicklung der Grünen unterscheiden. Die Gründung 1980 als außerparlamentarische Protest- und „Antiparteien“-Partei und Teil einer umfassenderen sozial-ökologischen Umweltschutz- und Friedensbewegung begründete die erste Phase der (Fundamental-)Oppositionspartei in den Parlamenten. Äußeres Kennzeichen hierfür waren nicht zuletzt das imperative Mandat und das Rotationsprinzip. Die zweite Phase der rot-grünen Projektpartei umfasst in etwa den Zeitraum ab Mitte der 1990er Jahre bis zum Ende der Regierung Schröder im Bund 2005. Derzeit – Phase drei – regieren

die Grünen in neun Bundesländern in ganz unterschiedlichen Koalitions-konstellationen und haben im Bund die Oppositionsrolle inne. Dieser Spagat, so der grüne Bundesvorstand in seinem Impulspapier, ist auf Dauer erfolgreich nicht durchzuhalten. Das neue Grundsatzprogramm soll 2020 ein neues Selbstverständnis sowie eine vierte Phase der Grünen mit Antworten auf die aktuellen Herausforderungen einläuten.

Zweitens stellt der Erneuerungsprozess den Versuch der Grünen dar, aus den traditionellen Parteimustern und -grenzen auszubrechen. Hierzu ist der für 2018 geplante offene Diskussionsprozess keineswegs auf den Kreis der Parteimitglieder beschränkt. In Anknüpfung an die basisorientierten Gründungszeiten und sicherlich auch unter dem Eindruck des erfolgreichen Bewegungs-Wahlkampfes von Emmanuel Macron suchen die Grünen die Diskussion und möglichst wohl auch den Schulterschluss mit dem weiteren gesellschaftlichen Umfeld. Die Parteispitze hat wiederholt die Offenheit des Diskussionsprozesses hinsichtlich der Themen und auch der Ergebnisse betont. Als zentrale Eckpfeiler des grünen Selbstverständnisses werden vom Parteivorstand lediglich Ökologie, Selbstbestimmung, Gerechtigkeit, Demokratie, Gewaltfreiheit und Menschenrechte genannt. Aktiv das Gespräch mit den Wählern suchen, ernsthaft hinhören und die relevanten Probleme aufnehmen – auch die Grünen haben dies inzwischen als das erfolgversprechendste Gegenmittel gegen Politikverdrossenheit und den weiteren Erfolg populistischer Scheinlösungen entdeckt.

Drittens hat der Erneuerungsprozess gute Chancen, potentielle Wählerinnen und Wähler für die nächste Bundestagswahl 2021 frühzeitig und umfassend zu mobilisieren. Die mit der Erarbeitung und Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms einhergehenden Diskussionen werden die Medien und die Öffentlichkeit beschäftigen und den Grünen darüber hinaus die Chance geben, das seit der „VeggieDay“-Debatte 2013 noch immer weitverbreitete Image der Verbots- und Spaßverderber-Partei umfassend zu korrigieren. Die Parteispitze verspricht sich von dem in Gang gesetzten Prozess die Lösung möglicher Denkblockaden, einen offenen Diskussionsprozess und die größtmögliche Einbeziehung potentieller Wählerinnen und Wähler.

Natürlich birgt dieser Erneuerungsprozess auch Risiken. Die Grünen sind derzeit insbesondere dort erfolgreich, wo sie – in alter Terminologie – realpolitische Positionen vertreten und gegebenenfalls auch in der Regierungsverantwortung stehen. Ihr Bemühen etwa in Baden-Württemberg oder auch Schleswig-Holstein, Ökologie und Ökonomie für eine zukunftsfähige – nachhaltige – Politik zusammenzudenken, findet dort breite Resonanz über den Kreis der engeren Stammwählergruppen hinaus. Parteilinke Gruppierungen bis in die Bundestagsfraktion hinein tun sich allerdings erkennbar schwer, diesen Kurs umfassend mitzutragen. So bleibt es bis zum Abschluss des Erneuerungsprozesses spannend, ob das durch den offenen Diskussionsprozess auf den Weg gebrachte neue Grundsatzprogramm tatsächlich sowohl bei den unterschiedlichen Flügeln der Grünen als auch bei breiteren Wählergruppen den erhofften Zuspruch finden wird.

Profitieren können die Grünen bei ihrem Unterfangen von der weiteren Verfestigung der sich in Europa und auch in den USA immer klarer abzeichnenden neuen Konfliktlinie kosmopolitische versus nationalistische Politikausrichtung. Zentrale Themen dieser neuen, vorwiegend kulturellen Konfliktlinie sind Einwanderung, Globalisierung, europäische Integration bzw. Supranationalismus und Multilateralismus sowie gesellschaftlicher Wandel (vgl. Bovens und Wille 2017, Merkel 2017, Vehrkamp und Wegschaider 2017, Eith 2018). Auf der einen Seite stehen die Kosmopoliten, die in idealtypischer Zuspitzung für offene Grenzen eintreten, gesellschaftliche Pluralität und kulturellen Wandel zumindest billigen und die Überzeugung vertreten, dem Klimawandel und der Globalisierung nur durch supranationale Instanzen wie der EU oder multilaterale Regelungen wirkungsvoll begegnen zu können. Auf der anderen, der nationalistischen Seite stehen diejenigen, die sich eine homogenere nationale Kultur wünschen und auf die globalen Herausforderungen vor allem mit nationaler Abschottung und der Rückbesinnung auf die Stärken des Nationalstaats reagieren.

Die zwischenzeitlich vorliegenden empirischen Studien zeigen, dass die Verfestigung dieser Spaltung nur zu einem kleinen Teil auf ökonomischen Ursachen beruht, etwa der Trennung zwischen denjenigen, die von der Globalisierung profitieren und denjenigen, die die wirtschaftlichen Lasten zu tragen haben. In erster Linie spiegelt diese Spaltung die existierende Bildungslücke sowie die ungleiche Verteilung kognitiver Ressourcen wider (Merkel 2017: 14–15, Bovens und Wille 2017). Eine höhere formale Bildung geht einher mit ausgeprägteren kosmopolitischen Vorstellungen und Wünschen. Bildungsniedrigere Gruppen befürworten demgegenüber weitaus stärker nationalistische Lösungen. Verfestigt wird dieser Gegensatz durch kulturelle Strategien der Abgrenzung. Ein kosmopolitischer Lebensstil dient nicht selten als Ausweis der Zugehörigkeit zu einer besonderen „Gruppe mit politischer Weitsicht, distinktivem Verhalten und hoher moralischer Sensibilität“ (Merkel 2017: 15). Anhänger eines nationalistischen Lebensstils reagieren auf diese Formen subtiler Ausgrenzung und Abwertung ihrerseits inzwischen mit dem Verweis auf vermeintlich bestehende Denk- und Sprechverbote unter dem „kosmopolitischen“ Label „Political-Correctness“ und setzen dem einen politischen Populismus – verharmlost als gesunder Menschenverstand – entgegen, der in seiner kulturell-identitären Variante als Rechtspopulismus zumeist in Fremdenfeindlichkeit umschlägt.

Dieser kulturelle Konflikt hat Auswirkungen auf die Parteienwettbewerbe in den entwickelten Staaten. Der Riss zwischen kosmopolitischen und nationalistischen Einstellungen geht quer durch etablierte Parteien und ihre Wählerschaften. In ganz Europa erleben populistisch-nationalistische Parteien einen neuen Aufschwung bzw. gründen sich neu. In Deutschland bilden die Grünen und die AfD die entgegengesetzten Pole dieses kulturellen Konflikts. Laut Infratest dimap wünschen sich 91 Prozent der Grünen-Wähler ein weltoffenes Land, 85 Prozent der AfD-Wähler legen Wert auf nationale Grenzen. Im Bevölkerungsschnitt ergibt sich eine Verteilung von 71 (weltoffenes Land) zu 27 Prozent (nationale Grenzen) (tagesschau.de 2017).

Ein nochmaliger Blick auf die Sinus-Milieus unterstreicht einmal mehr die Frontstellung von Grünen und AfD in diesem kulturellen Konflikt (Vehrkamp und Wegschaider 2017). Wiederhall findet die AfD insbesondere in sozial schwächeren Milieus und Schichten, wobei die Anfälligkeit für populistische Politikangebote inzwischen, wie ausgeführt, die Mittelschichten erreicht hat. Und auch die in diesem Beitrag herausgearbeiteten regionalen und insbesondere die sozialstrukturellen Profile beider Parteien bei der Bundestagswahl 2017 fügen sich nahtlos in dieses Bild. In der Wählerschaft der Grünen dominieren mit 72 Prozent Modernisierungsbefürworter und kosmopolitische Politikvorstellungen. Zudem gehört ein hoher Anteil der grünen Wählerschaft den gehobenen Mittelschichten an. In der AfD-Wählerschaft hingegen dominieren mit 65 Prozent Modernisierungsskeptiker und nationalistische Forderungen. Die höchsten Zugewinne der Rechtspopulisten erfolgten 2017 bei Arbeitern, Gewerkschaftsmitgliedern, Personen mit Hauptschulabschluss oder Mittlerer Reife und Männern aus mittleren Altersgruppen. Die Wählerschaften der anderen Parteien sind hinsichtlich der Unterscheidung von Modernisierungsbefürworter und Modernisierungsskeptiker tief gespalten.

Die AfD kann längerfristig davon profitieren, dass die Migrations- und Einwanderungsthematik aufgrund von Klimaveränderungen, anhaltenden kriegerischen Auseinandersetzungen oder etwa des Wohlstandsgefälles auch zukünftig eine zentrale Dimension der politischen Auseinandersetzungen darstellen wird. Die Grünen sind angesichts dieser Situation gut beraten, bei ihrem Erneuerungsprozess die geschilderte neue politische Konfliktlinie gebührend zu beachten und ihre thematischen Alleinstellungsmerkmale als Kosmopoliten nachdrücklich herauszustellen. Aufgrund ihrer programmatischen Wurzeln haben sie gute Voraussetzungen und Chancen, sich glaubwürdig als die Partei der offenen Gesellschaft und Vertreterin einer friedlichen, multilateralen Außenpolitik zu präsentieren. Ein inhaltlich und thematisch im Detail wie auch immer ausdekliniertes Parallelogramm von Ökologie, Ökonomie, sozialer Gerechtigkeit und Menschenrechtsschutz eröffnet zudem Optionen für

ganz unterschiedliche, auch lagerübergreifende Koalitionen. Dies – und nur als Ausnahme noch das altbekannte Lagerdenken – wird die Zukunft des Parteienwettbewerbs in Deutschland bestimmen. Die Grünen wie auch die anderen Parteien sollten sich rechtzeitig darauf einstellen.

Literaturverzeichnis

Bovens, Marc und Anchrit Wille (2017). „Die feinen Unterschiede. Nicht links oder rechts, nicht pro oder contra Migration, der Bildungsgrad entscheidet, wie gewählt wird“, in: Internationale Politik und Gesellschaft 8/2017, <http://www.ipg-journal.de/rubriken/europaeische-integration/artikel/die-feinen-unterschiede-2202> (letzter Aufruf am 13. Juni 2018).

Bündnis 90/Die Grünen (2017a). Zukunft wird aus Mut gemacht. Bundestagswahlprogramm 2017. https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017.pdf (letzter Aufruf am 12. Juni 2018).

Bündnis 90/Die Grünen (2017b). Wofür wir Verantwortung übernehmen wollen. Zehn-Punkte-Plan für Grünes Regieren. <https://www.gruene.de/ueber-uns/2017/10-punkte-fuer-gruenes-regieren/> (letzter Aufruf am 12. Juni 2018).

Bündnis 90/Die Grünen (2018): Neue Zeiten. Neue Antworten. Impulspapier des Bundesvorstands zum Startkonvent für die Grundsatzprogrammdebatte von Bündnis 90/Die Grünen, https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Beschluesse/Beschluesse_BuVo/20180406_Beschluss_Neue_Zeiten_Neue_Antworten..pdf (letzter Aufruf am 13. Juni 2018).

Der Tagesspiegel (2017). „Grüne ziehen mit Özdemir und Göring-Eckardt in Bundestagswahlkampf“, <https://www.tagesspiegel.de/politik/urwahl-der-partemitglieder-gruene-ziehen-mit-oezdemir-und-goering-eckardt-in-bundestagswahlkampf/19267760.html> (letzter Aufruf am 12. Juni 2018).

Eith, Ulrich (2018). „Stabilité et changement. Portraits régionaux et socio-structurels des élections au Bundestag 2017“, in: Allemagne d'aujourd'hui (Aa), Nr. 223 1/2018, S. 12–21.

Eith, Ulrich und Gerd Mielke (Hrsg.) (2001). Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder- und Regionalstudien. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Eith, Ulrich und Gerd Mielke (2017): „Gesellschaftlicher Strukturwandel und soziale Verankerung der Parteien“, in: Elmar Wiesendahl (Hrsg.): Parteien und soziale Ungleichheit, Wiesbaden: Springer VS, S. 39–61.

FAZ Online (2017). „Die Grünen finden keine Wahlkampfmelodie“. <http://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/parteien-und-kandidaten/gruener-wahlkampf-unstimmigkeiten-in-der-fuehrung-15181765.html> (letzter Aufruf am 12. Juni 2018).

Forschungsgruppe Wahlen (2017). Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 24. September 2017. Mannheim.

Inglehart, Ronald (1977). The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics. Princeton: Princeton University Press.

Inglehart, Ronald (1989): Culture Shift in Advanced Industrial Society. Princeton: Princeton University Press.

Lipset, Seymour M. und Stein Rokkan (1967). „Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction“, in: dies. (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments, New York: The Free Press, S. 1–64.

Merkel Wolfgang (2017). „Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie“, in: Philipp Harfst, Ina Kubbe und Thomas Poguntke (Hrsg.): Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy, Wiesbaden: Springer VS, S. 9–23.

Neu, Viola und Sabine Pokorny (2017). Bundestagswahl in Deutschland am 24. September 2017. Wahlanalyse. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Spiegel Online (2017a). „Letzte Hoffnung Wechselwähler“. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundestagswahl-gruene-im-wahlkampf-endspurt-letzte-hoffnung-wechselwaehler-a-1168320.html> (letzter Aufruf am 12. Juni 2018).

Spiegel Online (2017b). „Plötzlich in der Pflicht“. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundestagswahl-2017-die-gruenen-sind-ploetzlich-in-der-pflicht-a-1169801.html> (letzter Aufruf am 13. Juni 2018).

Süddeutsche.de (2017). „Gebildete Beamtin aus dem Südwesten“. <http://www.sueddeutsche.de/politik/die-gruenen-gebildete-beamtin-aus-dem-suedwesten-1.3682540> (letzter Aufruf am 13. Juni 2018).

tagesschau.de (2017). „Wahlberichterstattung Bundestagswahl 2017; Umfragen zu den Grünen; Umfragen zur Flüchtlingspolitik; Lage in Deutschland“. <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/index.shtml> (letzter Aufruf 13. Juni 2018).

taz online (2017). „Kölner Polizeieinsatz an Silvester: ‚Dumm‘, ‚bescheuert‘, ‚perfide‘“. <http://www.taz.de/!5367453/> letzter Aufruf am 13. Juni 2018).

Ueltzhöffer, Jörg (2017). „Soziale Milieus in Europa: Eine soziokulturelle Landkarte“, in: Rolf Frankenberger und Siegfried Frech (Hrsg.): Soziale Milieus. Lebenswelten in Deutschland. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 48-71.

Vehrkamp, Robert und Klaudia Wegschaider (2017). Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Wahlrecht.de (2017). Sonntagsfrage Bundestagswahl. <http://www.wahlrecht.de> (letzter Aufruf am 12. Juni 2018).

Welt.de (2017). „Gestärkte Grüne steuern gen Jamaika“. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article168987472/Gestaerkte-Gruene-steuern-gen-Jamaika.htm> (letzter Aufruf am 13. Juni 2018).

Die Autoren

Prof. Dr. Ulrich Eith ist Direktor des Studienhauses Wiesneck in Buchenbach. Er forscht und lehrt zudem am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen u. a. auf den Gebieten der Wahl-, Parteien- und Einstellungsforschung, dem politischen Systemvergleich, dem Rechtsextremismus und Demokratie- und Wissenschaftstheorien. Aktuelle Veröffentlichungen sind: Der historische Machtwechsel: Grün-Rot in Baden-Württemberg, Baden-Baden 2013, hrsg. mit Uwe Wagschal und Michael Wehner; Rechter Terror und Rechtsextremismus. Aktuelle Erscheinungsformen und Ansätze der politischen Bildungsarbeit, Schwalbach/Ts. 2015, mit Uwe Wenzel und Beate Rosenzweig.

Jacqueline Meier M.A. ist Politikwissenschaftlerin und Doktorandin am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg. Sie arbeitet vor allem zur Geschlechterforschung.

Reihenübersicht

**Heft 1: Das Parteiensystem in Deutschland
ein Jahr nach der Bundestagswahl**

Karsten Grabow und Sabine Pokorny

ISBN 978-3-95721-445-4

Heft 2: Wahlkampf im Zeichen der Flüchtlingskrise.

Die Strategien von CDU und CSU für die Bundestagswahl 2017

Torsten Oppeland

ISBN 978-3-95721-446-1

Heft 3: Die SPD nach der Bundestagswahl 2017.

Raus aus der GroKo, rein in die GroKo

Uwe Jun

ISBN 978-3-95721-447-8

Heft 4: Die Aufsteiger.

Die Alternative für Deutschland

Oskar Niedermayer

ISBN 978-3-95721-448-5

Heft 5: Die Rückkehr.

Die FDP vor und nach der Bundestagswahl 2017

Tobias Montag

ISBN 978-3-95721-449-2

Heft 6: Abschied vom Osten?

Die Linke nach der Bundestagswahl 2017

Jürgen P. Lang

ISBN 978-3-95721-450-8

› **Heft 7: Bündnis 90/Die Grünen im Wechselbad zwischen
Regierungsbeteiligung und kleinster Oppositionspartei**

Ulrich Eith und Jacqueline Meier

ISBN 978-3-95721-451-5

